

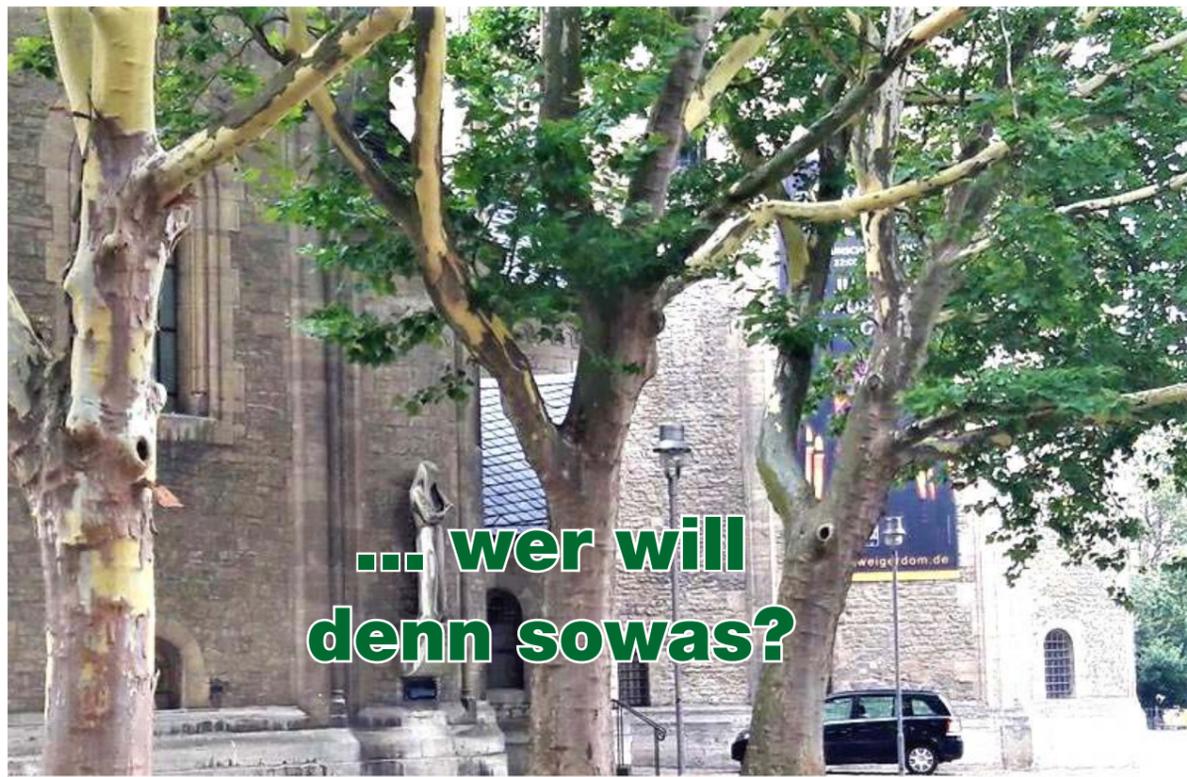


Lesen Sie, worüber andere Zeitungen noch nicht berichten ...

Re-Kommunalisierung verpasst!

Wasser- und Energieversorgung, Abfallentsorgung und Straßenreinigung auf zig Jahre weiter bei Veolia und ALBA. Toll? - oder eine Schande, wenn man sich die vollmundigen Bekundungen der Parteien, eigentlich wollte man ja die Re-Kommunalisierung der Daseinsvorsorge, ansieht ... ? Unter Ex-Oberbürgermeister Hoffmann wurde die Rundum-Privatisierung begonnen, der Nachfolger ist hilflos. Veolia sahnte seit 2002 rd. eine Dreiviertel Milliarde € steuerfrei aus Braunschweig ab und bringt obendrein die Braunschweiger Wärme-Versorgung in Gefahr. ALBA kassiert seit 2006 nicht nur die Abfallgebühren von den Haushalten, sondern extra auch noch aus dem Stadthaushalt bei Sperrmüll, Grün- und Bio-Abfall, Papierkörben, Weihnachtsbaum-Abholung und Gehwegreinigung – vorher war das in den Gebühren enthalten. CDU und Grüne streiten derweil um Pöstchen - die Chance für die Re-Kommunalisierung wurde verpasst! Siehe auch *Tabellen der ALBA-Verträge* Seite 7

Keine Platanen mehr vor dem Dom?



... wer will denn sowas?

Störende Platanen vorm Braunschweiger Dom?

Von wegen „DENK DEINE STADT“ ... das Gesicht der gesamten Innenstadt gehorcht seit 10 Jahren - üb-

rigens ohne öffentliche Beteiligung und ohne Ausschreibung - den Privatleuten Richard Borek und Prof. Ackers, und niemandem sonst ... weiter auf Seite 5

Inhaltsverzeichnis

- BS-Energy: Neues Kraftwerk - ökologisch schädlich - Einstieg in die Müllverbrennung? - Wärme unsicher Seite 2
- Sicherheitslücken in Thune Seite 2
- Aus der Stadtbezirken .. Seite 3
- Baumschutz/Jasperallee Seite 4
- „Wie zur Kaiserzeit“ als „Leitbild“? Seite 5
- Thorsten Stelzner Nachhaltigkeit Seite 6
- ALBA-Verträge Seite 7
- Giftgas über Braunschweig geheim gehalten Seite 8
- Proteste gegen neue Polizeigesetze Seite 8
- Sonderseiten: Staatsakt für Roselies..... Seiten 9/10

Erfolgsgeschichte Freibad Waggum



Vor einem Jahrzehnt schien das Schicksal des Freibades Waggum besiegelt - es sollte, zusammen mit vier weiteren Bädern in Braunschweig, zugunsten eines Spaßbades geschlos-

sen werden. Das möchte sich heute wohl niemand mehr vorstellen.

Mit der neuen Attraktion, einem Kinder-Spritz-Platz (Splash-Pad) rundete der Förderverein Freibad Waggum zum Saison-Beginn im Mai die Erfolgsgeschichte ab: Rd. 60 Tsd. € wurden zusammengebracht, viele ehrenamtliche Stunden von Vereinsmitgliedern geleistet und - was kaum jemand sieht - auch noch die zeitaufwändige Badeaufsicht mit tatkräftigem Engagement der Ortsgruppe Wenden des DLRG-Wenden organisiert.

Denn der Erfolg ist nicht einfach vom Himmel gefallen, wenngleich dieses

Jahr der Sommer gut mitgespielt hat. Respekt dafür und Dank an alle Beteiligten aus Förderverein, Bürgerinitiative Waggum, DLRG, Bezirksrat und dem erfolgreichen BürgermeisterInnenespann.

Auch das andere seinerzeit von der Schließung bedrohte Gliesmaroder Bad erfreut sich wachsender Beliebtheit, auch dort gebührt Dank und Respekt dem Förderverein Gliesmarode und dem privaten Betreiber. Und im Kennel? Auch das Kennel-Freibad wäre ohne ehrenamtliche Initiativ-Arbeit längst nicht mehr vorhanden - Danke auch dafür. red

Jasperallee
Bäume retten!

Online-Petition
weact.campact.de/p/jasperallee

Symbolische Fotomontage – Ilona Meschke – Bürgerinitiative Baumschutz BS

Erfolgreicher Neustart in der Kinder-Flohkiste am Cyriaksring

Es war ein großer Kraftakt, doch nun ist es geschafft: Die Kindergruppe Flohkiste e.V. ist nach einem Jahr „Überbrückungsphase“ zurück ins westliche Ringgebiet gezogen. **Zur Info: Von insgesamt 139 „Kindertagesstätten“, sind die Eltern/Kindgruppen mit 29 Einrichtungen fast so stark vertreten wie die Stadt**

mit ihren 32 Einrichtungen; daneben gibt es firmeneigene Betriebs-Kitas, konfessionelle und Kitas von Wohlfahrtsverbänden.

Interessierte können sich schon einmal den nächsten Tag der offenen Tür im Kalender vormerken:

Am 21. Oktober öffnet die Flohkiste von 14 bis 17 Uhr ihre Türen.



8 Jahre Provisorium in Nord-Ost



44.000 Bäume weg, direkte Straßenverbindung weg. Hatte das Gericht nicht als Bedingung für den Flughafen ausbau eine Lösung für die Stadtverkehre gefordert?

Der größte Braunschweiger Stadtbezirk wartet nach 8 Jahren immer noch auf ein Ende der Provisorien. Zwei weitere Verkehrsgutachten

wurden beauftragt. Es wurde gezählt und gerechnet: Die Wiederherstellung der direkten Verkehrsverbindung wäre mit 7.700 PKW, und mit direkter Bus-Linie und Fahrradweg die gefragteste und damit naheliegende Lösung für die Waggumer und Beverröder Einwohnerschaft, um aus der wörtlich so misslichen „Hin-

terhoflage“ herauszukommen.

Prestige-Bauten statt Tunnel

Aber in der millionenschweren Stadtplanung „Denk Deine Stadt“ findet sich zu Waggum nur ... „Schaufenster Braunschweig“ Lilienthalhaus 1/2, (S. 124 Broschüre ISEK im Rathaus)

Große Sicherheitslücken in Thune ...

... offenbarte der Störfall mit radioaktivem Jod131 im November 2017. Statt zum Schutz der Menschen die Gefahrenzone zu verschließen, erläu-

tern die Firmen auf eine Anfrage von Bündnis90/Grüne im Landtag ihren Verfahrensablauf so: Die radioaktive Abluft werde direkt in die bewohnte

und belebte Umgebung abgelassen. Das Ministerium prüft bereits seit 5 Jahren die sog. „Störfallanalyse“, mit Weiter auf Seite 2

Stadtwerke-Wärme unsicher - Einstieg in die Müllverbrennung?

Gemäß der bereits seit Nov. 2016 von uns (BIBS und Unser-Braunschweig Nr. 17, 18 und 19 analysierten Daten bewegt sich BS-Energy nun quasi auf den letzten Drücker, denn schon Anfang 2022 muss die alternative Wärmeerzeugung ans Netz gehen.

Dieser (allerletzte) Termin ist den Verantwortlichen in Vorstand und Aufsichtsrat seit rd. 20 Jahren aufgrund EU-Normen der Abgasgrenzwerte für Alt-Anlagen (Kohle) bekannt und seit 2013 fährt das alte Kohlewerk an der Uferstraße bereits mit Ausnahme- bzw. Übergangsregelungen! Trotzdem ist man seit unseren Presseanfragen an BS-Energy, SZ-Stahlwerke sowie an die Aufsichtsratsleute Markurth, Bratmann und Wendroth und unserer darauf basierenden Veröffentlichung z.B. einer SZ-Wärmeleitung nach BS kaum einen Schritt weiter gekommen - in immerhin 18 Monaten!

Verluste durch Börsen-Spekulationen mit Strom
Aufgrund der vorhandenen Randbedingung der hohen Strommengen, die noch bis 2025 aus dem spekulativen Stromliefervertrag mit E.ON resultieren, sollen die nun avisierten Lösungen des Wärme-Problems möglichst ohne zusätzliche Strom-Produktionen erfolgen - deswegen die beim GAA beantragten "Dampf-

und Heizwasserkessel", die u.a. auch mit den überschüssigen Strommengen als eine Art Tauchsieder/Wasserkocher beheizt werden sollen.

Power to Heat

- der ökologisch absolute Aberwitz, erst in E.ON-Kraftwerken heißes Wasser aus Kohle zur Stromherstellung zu nutzen und diesen Strom dann bei BS-Energy wieder in heißes Wasser zu verwandeln!

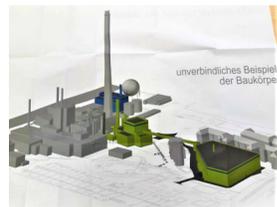
Vorstandsvorsitzender Mounier: am 31.05.2018 im Finanzausschuss **„...Wir machen aktuell mit dem Vertrag bei Uniper Verlust...“**

Ökonomisch ist das zwar für das in Not befindliche BS-Energy sinnvoll, weil die nicht direkt absetzbaren Strommengen nun mal bis 2025 eingekauft sind und ansonsten mit nur 3,2 Cent/KWh - also mit Verlust - an der Börse weiterverkauft werden müssen, aber unter katastrophalem Wirkungsgrad mit der Verschwendung fossiler Rohstoffe.

Geplantes Biomasse-Kraftwerk
Beim Biomasse-Kraftwerk wäre - ähnlich wie beim alten Kohlekraftwerk - eine Rauchgasreinigung erforderlich. Gemäß TÜV-Gutachten der eingereichten Antragsunterlagen würden die Abgasgrenzwerte für die entstehenden Schadstoffe zwar eingehalten, es wären aber u.a. „**Immissionszusatzbelastungen**“ von „Staubniederschlag“, von „Partikeln PM10“ und „Quecksilber“ zu erwarten.

a) Plant BS-Energy deshalb eine Beibehaltung des 200 m hohen Schornsteins?

b) Zusätzlich sei mit Aschen aus der



Verbrennung von Altholz und Reststoffen der Rauchgasreinigung zu rechnen. Insbesondere in den Filterstäuben werden gemäß TÜV-Gutachten gefährliche Stoffe erwartet. Wie sollen diese Abfallstoffe (Rostasche, Flugasche, Filterkonzentrate und Reststoffe) ohne Umweltschädigung weiterverarbeitet werden?

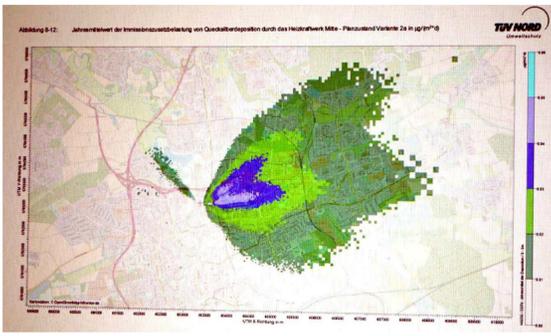
c) Die Altholz- und Biomasse-Verbrennung erfordert gemäß der Antragsunterlagen zusätzliche Transport-Logistik über die Hamburger Str. mit Groß-LKW. Wie verträglich sind diese zusätzlichen Transporte mit dem Verkehrskonzept der Stadt zur Vermeidung von LKW-Verkehr in das Stadtgebiet?

Einstieg von Thüga
Beim Anteils-Verkauf von 25% der veolia-Anteile an Thüga spielte nicht nur das Know-how zum Kohle-Ausstieg eine maßgebliche Rolle.

Markurth lobt die Entscheidung: am 12.06.2018 im Rat **„... bis hin zu den Mitgliedern des Aufsichtsrates, die wir dort entsenden, insbesondere des Aufsichtsratsvorsitzenden, meiner Person, es direkte Beratungsleistungen gibt, die abrufbar sind, zu allen Themen.“**

Aber wie zukunftssträftig ist die Verbrennung von „Haushaltsabfällen“, „Sperrmüll“ und „Holz aus der Forstpflge“ (zitiert aus den Antragsunterlagen von BS-Energy) **Schadensbegrenzung oder nachhaltiger ökologischer Umschwung?**

Geht es nun bei BS-Energy um Lösungen zur ökonomischen Verlustminderung - Stichwort „negativer Strompreis“ beim E.ON/Uniper



Erwartete Immissionszusatzbelastungen von Quecksilber

Stromkauf- oder geht es um zukunftsweisende, nachhaltige Lösungen für Braunschweig? Also, Schadensbegrenzung oder Umschwung? red

Einwendungen nur noch bis zum 3. September möglich!

Eingaben und Einwendungen zu den Kraftwerksplanungen gemäß Bundesimmissionschutzgesetz können beim Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt, Ludwig-Winter-Str. 2, vorgebracht werden. Die öffentliche Auslegung der Antragsunterlagen lief vom 4.7.- 4.8.2018. Danach begann die Einwendungsfrist bis zum 3.9.2018.

BIBS-Bezirksräte informieren

Astrid Buchholz (Bezirk Wenden-Thune-Harxbüttel):

„Neben dem Dauerthema Thuner Nuklearfirmen beschäftigt uns gerade das geplante Baugebiet Wenden-West. Hier gilt es, die seit 40 Jahren bestehenden „Kleingärten“ (jur. leider Grabeland) zu retten und den Gewerbeanteil so gering wie möglich zu halten. Grundsätzlich muss hinterfragt werden, ob man in direkter Nachbarschaft zu Eckert & Ziegler überhaupt ein großes Wohngebiet planen sollte.“

Berkan Kurtoglu (Bezirk Viewegsgarten-Bebelhof):

„Wie seit mehreren Monaten von mir festgestellt, kommt es im Bereich des Seitenstreifens am Zentralen Omnibusbahnhof (ZOB) direkt an den angrenzenden Grünflächen zu vermehrten Müllaufkommen. Die Verursacher sind zumeist Kurzparker, die ihre Angehörigen zu den Fernbussen bringen oder abholen. Hin und wieder sind es auch Fahrgäste der Busse, die sich während einer kurzen Fahrpause ihres Abfalls entledigen. Es gibt dort keine Müllabfallbehälter und deshalb beantrage ich für die kommende Bezirksratsitzung diesen Mangel durch die Aufstellung von Abfallbehältern entlang des Seitenstreifens abzustellen.“

Friedrich Walz (Bezirk Innenstadt):

„Der Bezirksrat Innenstadt hat auf meinen Antrag beschlossen, von der Namensnennung „Konrad-Koch-Quartier“ statt City Point Abstand zu nehmen. Begründung: „Man muss nicht lange suchen in seinem Buch „Die Erziehung zum Mute“, um festzustellen, dass Konrad Koch kein Vorbild für die Jugend ist. Er war völkischer Nationalist. Schulsport hatte vor allem der Stärkung der Wehrkraft des Volkes zu dienen. Er ließ Schüler am Sedanstag (Sieg über Frankreich) mit großem Eifer kämpfen und marschieren. Republikaner, Demokraten und international Gesinnte der 1848er Revolution nannte er ‚vaterlandsloses Gesindel‘. Ein weltfeines Braunschweig darf diesen Geist nicht wiederbeleben.“

Heiderose Wanzelins, Wolfgang Wiechers (Bezirk Östliches Ringgebiet):

„Die Bäume in der Zeppelinstraße werden erhalten, wo die Leitungsverlegung mit dem Fällen der Bäume vorerst nicht durchgeführt wird. Für die Erhaltung der Bäume in der Jaspallee haben wir die Notwendigkeit einer Bürgerbeteiligung betont. Wolfgang Wiechers hat in einer Bürgerfragestunde des Rates die Erhaltung der Bäume nachdrücklich empfohlen. Nachdem in der Olfermannstraße Leipelt und Fahrbahn bereits erneuert wurden, haben wir uns dafür eingesetzt, dass

auch die desolaten Fußwege erneuert werden, was nun auch geschehen soll. Wir empfehlen, dass das Ringgebiet behutsam in das östliche Ringgebiet weitergeführt wird. Wir haben Vorschläge zur Verbesserung der Neuerschließung des geplanten Bahnhofs Glesmarode gemacht. Wolfgang Wiechers gehört als Bezirksratsvertreter der BIBS und des Netzwerks GEMEINSAM WOHNEN zum Arbeitskreis „Älter werden im Stadtteil östl. Ringgebiet“ und zu einer Arbeitsgruppe des AK zur Erstellung eines Stadtteilplanes für ältere Mitbürger des östl. Ringgebietes.

Der Bezirksrat bezuschusst den Plan. Weitere Aktivitäten des AK sind die Organisation von Vorträgen und die Veranstaltung einer Podiumsdiskussion mit Politikern zum Thema bezahlbarer Wohnraum.“

Helmut Rösner (Bezirk Heidberg-Melverode):

„Auf im neuen Nachbarschaftsladen am Erfurtplatz erfolgreich arbeiten zu können, ist noch für eine fachgerechte Ausstattung der Räumlichkeiten zu sorgen. Die Finanzierung sollte daher auch aus Haushaltsmitteln des Stadtbezirks erfolgen. Entsprechende Anträge werden von mir unterstützt. Das integrative Gartenbauprojekt in der Flüchtlingsunterkunft Glogaust ist für das Zusammenleben im Stadtteil wichtig. Mit der Anlage und Pflege eines Hochbeets wird die erfolgreiche Arbeit der dortigen Bürgerinitiative fortgesetzt.

Die Echobrücke am Kennelbad stellt ein attraktives Ziel am vorläufigen südlichen Endpunkt des Ringleises dar, insbesondere, wenn sie in den Lichtparcours 2020 einbezogen wird. Die BIBS stimmt entsprechenden Anträgen zu und setzt sich für eine baldige östliche Weiterführung des attraktiven Radwegs ein. Ebenso wäre der Ausbau des jetzigen Radwegs vom Kennel durch die südliche Okeraue in Richtung Wolfenbüttel ein ökologisch sinnvolles Projekt im Rahmen eines regionalen Radschnellwegeplans.“

Dr. Michael Gläser (Bezirk Volkmarode):

„Auf unser Drängen werden schließlich für die Ausschreibung zur Planung der Turnhalle der IGS Volkmarode 30 T € im Jahr 2018 eingesetzt. Wir haben die Verwaltung aufgefordert, für die Alte Schulstraße in Dibbesdorf Tempo 30 festzulegen, da Kraftfahrzeuge, insbesondere LKWs, meist deutlich zu schnell fahren und querende Fußgänger der Bäume nachdrücklich empfohlen. Nachdem in der Olfermannstraße Leipelt und Fahrbahn bereits erneuert wurden, haben wir uns dafür eingesetzt, dass

Straße/Schapestraße hat die Verwaltung einen Minkreis vorgeschellt. Im Bezirksrat haben wir dies befürwortet und die Verwaltung gebeten, schon im Jahre 2018 die dafür notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Außerdem haben wir wiederholt die Einrichtung einer Tempo-30-Zone in Volkmarode-Nord eingefordert.“

Nicolas Arndt (Bezirk Nordstadt):

„Die Kleingärten an der Ottenroder Straße sollen erhalten bleiben und nicht durch ein mögliches Neubaugebiet im Rahmen des Projektes „Co-Living Campus“ überbaut werden. Auch der im Planungsgebiet liegende Bauwagenplatz an der Beethovenstraße soll unangetastet bleiben.“

Sven-Christoph Schütt (Bezirk Lehdorf-Watenbüttel):

„Der Bolzplatz gegenüber dem Gögemarkt im Kanzlerfeld soll erhalten bleiben: Viele junge Familien sind in den letzten Jahren neu in den Stadtbezirk gezogen, deren Kinder die Rasenfläche mit Begeisterung zum Kicken nutzen. Für die Nahversorgung ist der bestehende Lebensmittelmarkt allemal ausreichend, zumal er noch vergrößert werden kann. Die Grünfläche muss dafür nicht angetastet werden.“

Tanja Bonnet, Heinz Stein (Bezirk Weststadt):

„Wir freuen uns, dass auf unsere Initiative die Bewohner des Wohnwagenstellplatzes am Madamenweg bis Ende des Jahres neun Versorgungssäulen mit Strom-, Wasser- und Abwasseranschlüssen bekommen.

Auch die Überarbeitung der Satzung des Platzes, in der sich die Stadt erstmals zu ihrer historischen Verantwortung gegenüber den dort lebenden Sinti bekennt, begrüßen wir ausdrücklich. Bei der noch ausstehenden Sanierung der Sanitäranlagen werden wir die Stadtverwaltung weiterhin in die Pflicht nehmen. Wir hoffen, dass mit diesen überfälligen Maßnahmen für die Braunschweiger Sinti ein neues Kapitel würdevolleren Lebens aufgeschlagen werden kann.“

Tatjana Jenzen (stellv. Bezirksbürgermeisterin) und Olly Büttner, Bezirk Wabe/Schunter/Beberbach

Die 175 Jahre alte Rotbuche prägt durch ihre besonders schöne Wuchsform und Lage im Dorfszenum das Straßen- und Ortsbild und steht daher sogar im Ortswappen. Eine Unterschutzstellung als Naturdenkmal soll sicherstellen, dass die Rotbuche nicht einer Baumaßnahme zum Opfer fällt.

Dr. Dr. Wolfgang Büchs (Bezirk Schunteraeue):

„Die Naturschutzwürdigkeit des Schunterbereichs mit Bruten hochgefährdeter Arten wie Wiesenrolle und

Bestes Ackerland bewahrt

Die BIBS-Fraktion im Rat der Stadt Braunschweig begrüßt die Entscheidung des Rates in Salzgitter, die Machbarkeitsstudie für das geplante interkommunale Gewerbegebiet Stiddien-Beddingen abzulehnen.



„Diese Entscheidung ist eine logische Konsequenz der bislang erfolgten Prüfungen“, erklärt der stellvertretende Bezirksbürgermeister von Timmerlah-Geitelde-Stiddien Niels Salveter (BIBS). *Niels Salveter, stellv. Bezirksbürgermeister Timmerlah, Geitelde, Stiddien*

„Mit der Realisierung des Gewerbegebietes würden die letzten und besten Ackerböden auf Braunschweiger Stadtgebiet versiegelt. Die Folge der Versiegelung wären negative Auswirkungen auf das Stadtklima. Die Anwohner würden durch Lärm, Verkehr und Immissionen belastet, während alt-eingesessene Landwirte mit ihren Äckern ihre generationenübergreifende Lebensgrundlage als Daseinsvorsorge verlieren. Insofern beglückwünsche ich den Rat der Stadt Salzgitter für seine verantwortungsvolle Entscheidung im Interesse der BürgerInnen und Bürger beider Städte.“

Gewerbeflächen auf alten Industriebrachen

„Klar ist, dass wir Gewerbeflächen brauchen, wie jüngst auch die Berichte über den Einstieg von VW in die Batterie-Entwicklung zeigen. In Salzgitter existieren genug Industriebrachen, die nun in die alternativen Planungen für die Ansiedelung von Industriefirmen eingehen sollten. Auch besitzt Salzgitter derzeit noch genug freie Flächen in bestehenden Gewerbegebieten“, fügt BIBS-Fraktionsvorsitzender Peter Rosenbaum abschließend hinzu.

Ob sie bereit seien, sich der großen Industriebrachen vor allem rund um SZ-Watenstedt anzunehmen, wollte die Redaktion von Unser-Braunschweig in einer Presseanfrage beiden Oberbürgermeistern Klingebiel (SZ) und Markurth (BS) wissen. Die Antworten blieben allerdings ausweichend.

Gesamtbilanz	
Flächennutzungsplan	Potenzialflächen
1 Ufingen	176 ha
2 Watenstedt	52 ha
3 Kanal West	80 ha
4 MAN Ost	70 ha
5 SZ AG Nord	80 ha
6 SZ AG Ost	30 ha
7 MAN / Alstom West	120 ha
8 VW Nord	40 ha

Flächennutzungsplan Darstellung 1993



Gemeinschafts-Kommentar aus den zwei Städten: Endet „interkommunal“ am eigenen Tellerrand?

Die Redaktion fragte beide Oberbürgermeister, Markurth (BS) und Klingebiel (SZ), ob sie sich anstatt des Rückgriffs auf beste Ackerflächen auch die Wiederverwendung alter, großer Industriebrachen vorstellen könnten



Die Oberbürgermeister reagierten kleinmütig - Markurth (BS) ließ nur kurz und knapp antworten, man sei für Salzgitteraner Brachflächen gar nicht zuständig (was ja bekanntlich in der Machbarkeitsstudie ihrer untersuchten regionalen Wirtschaftsflächen ganz anders klang) und wolle/könne dazu nichts sagen. - SZ räumt nun ein, dass

die in der Presseanfrage „ausgewiesenen Flächen zwar grundsätzlich für eine industrielle Nutzung geeignet“ seien, aber dort noch keine Bebauungspläne vorhanden seien oder die Flächen nicht oder nicht vollständig im kommunalen Eigentum stünden ... (diese Umstände gelten allerdings bei der Beddinger/Stiddier-Acker-Fläche ebenso) - die Rückgewinnung von Industrie-Brachen - dafür gebe es erst 3 Wochen nach dem negativen Beschluss des Salzgitteraner Rates noch keinen Beschluss, aber in dieser Richtung sei noch „nichts gestorben, sondern vieles denkbar“

Wolfgang Rosenthal, Bündnis 90/Grüne Salzgitter
Peter Rosenbaum, Bürgerinitiative Braunschweig

Tüpfelsumpfpfuh, Biber- und Otterwandlergebiet wird durch die geplante „Renaturierung der Schunter“ und den Neubau einer Brücke zusätzlich gefährdet.

Die neue Brücke ist zudem hochwassergefährdeter als die alte, die für viele Schunteraner ein beliebter Verbindungsweg zu Nahversorgern ist.“

Sabine Bartsch (Stellvertretende Bezirksbürgermeisterin Bezirk Schunteraeue):
„Liebe Aktive, Interessierte, Bürgerinnen und Bürger der Schunteraeue (und darüber hinaus), aufgrund der guten Resonanz bieten wir auch weiterhin den „Offenen BIBS Bürger-

stammtisch“ im Heinrich-Jasper-Haus am Tostmannplatz an. Ideen/ Kritik/ Vorschläge/ Austausch/ Anregungen etc. können hier eingebracht/ diskutiert/ besprochen werden.
Termine sind dienstags: 4.9., 16.10., 6.11., 4.12.2018 jeweils 18-19.30 Uhr
Arbeitskreis Schunteransiedlung lädt ein.
26.10.2018 • Kaffee und Kuchen, Gespräche, Spielen, Musik. Weitere Termine: 18.11.2018 und 13.1.2019, jeweils sonntags von 15-17 Uhr im Gemeindesaal der Dankeskirche, Tostmannplatz.
Wolfgang Bartsch/Sylvia Wolter

Störfallanalyse zu Eckert & Ziegler bereits von der Realität überholt?



Alles begann mit der Frage nach den Notfall- bzw. Evakuierungsplänen im Falle eines Störfalls bei GE-Healthcare oder Eckert & Ziegler.

Schon länger war bekannt, dass die angrenzenden Schulen über keinerlei Vorgaben für einen Notfall verfügen. Im Rahmen der Beantwortung einer Anfrage im Feuerwehrausschuss der Stadt Braunschweig stellte sich im Dezember 2016 heraus, dass auch die Einsatzplanung der Feuerwehr keine speziellen Evakuierungsmaßnahmen für die Bevölkerung vorsieht, da der dafür nötige Eingreifrichtwert nicht erreicht werde. Mit anderen Worten: Evakuierungspläne brauchen wir nicht, weil ja alles ungefährlich ist. Aber wie konnte das sein, wo doch schon die Entsorgungskommission des Bundes im sogenannten Stresstest im Jahr 2013 davon ausging, dass bei einem Störfall innerhalb eines Radius von 350 m alles evakuiert werden müsste? Wir fragten also noch einmal nach, wo die Verwaltung bzw. die Feuerwehr denn die Gewissheit hernehme, dass alles quasi harmlos sei. Hierauf kam die Antwort, dies wäre in der Störfallanalyse der Firma Eckert & Ziegler dargelegt und das Niedersächsische Umweltministerium (NMU) sähe das auch so. Da uns von der Verwaltung mitgeteilt wurde, sie hätte die entsprechenden Unterlagen, beantragten wir dafür Akteneinsicht.

Was ist an dieser Störfallanalyse eigentlich so interessant?
Das Ergebnis eines jeden Gutachtens ist immer abhängig von fallweiligen Annahmen, also in diesem Fall welche

Nuklide (radioaktiven Stoffe) in welchen Mengen vor Ort sind, was dann passiert (z. B. ein Flugzeugabsturz) und wie viel Radioaktivität am Ende freigesetzt wird. Genau nach diesem „Freisetzunganteil“ hatten wir die MitarbeiterInnen des NMU bei einem Gespräch im Rathaus gefragt und darauf eine sehr ausweichende Antwort erhalten: Man könne das nicht so einfach sagen, weil je nach Art des Nuklids die Freisetzung unterschiedlich ausfallen würde.

Diese Aussage ist einerseits zwar nachvollziehbar, andererseits verwundert sie: Wenn man zu der Behauptung gelangt, bei der nächsten Wohnbebauung sei im Falle eines auslegungüberschreitenden Störfalls alles in Ordnung, niemand müsse evakuiert werden, dann muss ein Wert für die Freisetzung angenommen worden sein, sonst kann man diese Aussage nicht treffen. Das wäre in etwa so, als würde man behaupten, ein Fahrzeug kommt sicher vor einem Hindernis zum Stehen, könne aber keine Aussagen zu Geschwindigkeit und Gewicht machen, mit denen gerechnet wurde. Solch eine Vorgehensweise ist weder nachvollziehbar noch wissenschaftlich korrekt. Selbst als ich in diesem Sinne noch einmal nachfragte, bekam ich dieselbe Antwort. Es muss in diesem Gutachten einen Wert für den Freisetzunganteil geben. Offensichtlich wollte man ihn uns nicht nennen, denn es wurde auch nicht darauf verwiesen, dass man ihn gerade nicht parat hätte und man ihn nachliefern könnte. Nun denn, wir hatten ja noch die Akteneinsicht, die uns da weiterhelfen sollte.

Die Akteneinsicht wurde von der BIBS im Juni 2017 beantragt und Anfang September von der Stadtverwaltung verweigert. Wir lieferten eine weitere Begründung nach, aber zur Zeit des

Gesprächs mit dem NMU im Oktober war noch nichts genehmigt. Am 6.11.2017 wurde dann im Rat der Aufstellungsbeschluss für den neuen Bebauungsplan in Thune (TH24) beschlossen und genau einen Tag später erhielten wir die Genehmigung zur Akteneinsicht. Doch wer glaubte, nun würden wir endlich mehr erfahren, sah sich getäuscht, da nur einen Tag später die Genehmigung zurückgezogen wurde. Eckert & Ziegler hatte Einspruch erhoben, bekam Zeit, diesen schriftlich zu begründen und diese Gründe mussten wiederum von der Verwaltung geprüft werden. Von der Firma wurden „Geschäftsgeheimnisse“ als Verweigerungsgrund angegeben, was Verweigerungsgrund angegeben, was teilte uns die Verwaltung mit.

Solch eine Argumentation ist schwer nachvollziehbar, schließlich befasst sich das Gutachten sicherlich nicht damit, wo welche Nuklide eingekauft werden. Wie lange darf eine Überprüfung dauern? Nach mehreren Nachfragen, bei denen wir „vertröstet“ wurden, stellten wir der Verwaltung eine Frist bis zum letzten Verwaltungsausschuss vor der Sommerpause - Ergebnis: Das NMU würde nun das Gutachten Satz für Satz durchsehen, welche Stellen geschwärzt werden müssten und dann könnten wir es einsehen. Wenn ich mir ansehe, was für ein Aufwand betrieben wird, uns und damit auch der Öffentlichkeit dieses Gutachten und den angenommenen Freisetzunganteil vorzuenthalten, so drängt sich die Frage auf, ob die Aussagen des Gutachtens nicht bereits im November 2017 von der Realität eingeholt wurden: Am 22.11.2017 kam es nun tatsächlich zu einem Störfall bei GE-Healthcare Buchler, der laut NMU zu einer Freisetzung von radioaktivem Jod-131 führte. Man nimmt in der Störfallanalyse den jeweils schlimmsten Fall an und errechnet damit womöglich eine Freisetzung, die geringer ist, als wenn wäh-

rend der normalen Produktion eine Flasche mit 40 ml Jod- 131 umkippt. Ein Störfall, der von der Firma und dem NMU als so unbedeutend eingestuft wurde, dass es die Feuerwehr, die AnwohnerInnen, die Stadtverwaltung

Weiter von Seite 1 Sicherheitslücken

der die Nuklearfirmen beweisen wollen, dass ihre enorm hohe Strahlengenehmigung in Ordnung sei. Dabei blieben die Nuklearfirmen - bis heute - relevante Informationen schuldig, womit die Korrektheit der Störfallanalyse belegt werden könnte.

Da darf gefragt werden, ob die Firmen vielleicht längst wissen, dass ein solcher Nachweis der „Harmlosigkeit“ ihres Tuns unmöglich ist. Vielmehr muss angenommen werden, dass die Störfallanalyse einen Störfall von der Art, wie er im November 2017 geschehen ist, nicht beinhaltet bzw. berücksichtigt.

Sie betrachtet offensichtlich nur solche Katastrophen, bei denen sofort evakuiert werden muss. Und selbst diese Untersuchungen sind bislang nicht ausreichend belegt!

BISS e.V.

Splitter aus Akteneinsicht

„laufendes, aber ruhendes Verfahren“

Am 21.8.2017 bestätigt Herr Gunnar Mann für Eckert&Ziegler einen Kompromiss mit der Stadt zur Fortsetzung der Bearbeitung seines Bauantrages einer neuen Halle - im Fortgang parallel zum noch offenen Umweltverträglichkeits(UVP)-Verfahren - als „laufendes, aber ruhendes Verfahren“ (Originaltext Mann!). - Diese zwischen Stadt und E&Z besprochene Nutzungsänderung wird dann zum eingereichten Bauantrag mit Schreiben vom 27.7.2017 von Herrn Mann ergänzt mit der Maßgabe der Nutzungseinschränkung zur „ausschließlichen, vorübergehenden Lagerung“ in der neuen Halle ohne Konditionierung. - Parallel dazu - im Container-Lagerflächen Bauverfahren - stellt Gunnar Mann am 7. September 2017 den Antrag auf befristete Genehmigung bis 12 Monate nach Fertigstellung der neuen Halle. Das scheint der aktuelle Sachstand im zwar „laufenden“ aber wohl immer noch „ruhenden“ Bauantrags-Verfahren zu sein, denn spätere Schriftverkehre sind nicht in den Akten enthalten.

und die allgemeine Öffentlichkeit erst eine Woche später aus der Zeitung erfahren durften. Nun ja - vielleicht wissen wir ja bald mehr. Wenn das NMU mit den Schwärzungen fertig ist und sie nicht gerade den Freisetzunganteil geschwärzt haben. *Astrid Buchholz, Ratsfrau*

Roselies Jürgen Reuter (Bezirk Rautheim/Lindenberg/Mascherode)

Vor vier Jahren, im August 2014, stellte die BIBS erstmals Kontakt zu dem Ort „Roselies“ in Belgien her. Daraus ist eine Partnerschaft der Erinnerung geworden, in diesem Jahr wurde am 18.8.2018 eine Schule eingeweiht und ein gemeinsames Denkmal mit den Städtewappen der ehemaligen Kriegsgegner aus Rouen (Frankreich) und Braunschweig enthüllt. So reichen sich die ehemaligen Kriegsgegner im kleinen Ort Roselies, dem Ort schrecklicher Gewalt und Kriegsverbrechen, die Hand. Aus Feinden wurden Partner.



Delegation der Bürgerinitiativen in Aiseau/Roselies 19.8.2018

Reuter: „Ich sehe es mit großer Freude, dass die Erinnerungspartnerschaft von Braunschweig mit der belgischen Gemeinde Roselies nun endlich mit Leben gefüllt wird.“

Der Braunschweiger Stadtteil Roselies wird mit der Einweihung des Gartens der Erinnerung am 1. September belgische Gäste zum Gegenbesuch empfangen. Am 18./19.8. besuchte eine Delegation aus Braunschweig das belgische Roselies und weihte zusammen mit Repräsentanten aus Rouen das gemeinsame Denkmal ein. Siehe Sonderblatt „Staatsakt für Roselies“

Jasperallee-Bäume – weder Verkehrsgefährdung noch besondere Gefahr!

Die Stadtverwaltung möchte auf der Jasperallee 86 große Bäume fällen: 56 Silberahorne, 6 Spitzahorne und 24 Bergahorne. Zur Kaiserzeit, 1897, wurden dort Linden gepflanzt, die im zweiten Weltkrieg verloren gingen. Dieses Bild möchte die Stadtverwaltung wieder herstellen. Sie begründet dies mit Denkmalschutz und angeblicher Krankheit und Gefährlichkeit der Bäume.



Die BI Baumschutz konnte jedoch alle veröffentlichten Argumente widerlegen. Der ehemalige Förster Karl-Friedrich Weber zur Diskussion um die Bäume in der Jasperallee: „Ich habe mir auf Biten der BI Baumschutz die Allee vor Ort angesehen. Kein einziger Baum ist eine Verkehrsgefährdung oder könnte potenziell eine besondere Gefahr sein.“ Die EinwohnerInnen-Anfrage im Stadtrat, ob es eine „signifikante Häufung von Unfällen oder Schäden durch die 56 Silberahorne auf der Jasperallee gab“ wurde am 12.06.18 von der Stadt verneint.

In ihrer Mitteilung Nr. 18-08464 v. 13.06.2018 heißt es: „Bei der Hälfte der noch verbliebenen Silberahorne sind umfangreiche Schädigungen zu diagnostizieren.“ Dazu die BI Baumschutz: „Das sind nur 28 von 86 Bäumen – also kein Grund, gut die dreifache Anzahl an Bäumen zu fällen! Laut Baumkataster sind sogar nur 23 Bäume „stark geschädigt“, also nochmal fünf weniger.“

Baumschützerin Sabine Sambou fragt rhetorisch: „Sieht man in das öffentliche Baumkataster, so findet man, dass die meisten Bäume als mehr oder weniger „geschädigt“ eingestuft sind. Will die Stadt hier den gleichen Maßstab anlegen wie in der Jasperallee und alle Bäume in Braunschweig fällen?“

„Städte sind für Bäume sehr stressig. Trotzdem schenken sie uns, auch die, denen es nicht gut geht, oft noch viele Jahrzehnte ihre sog. ‚Wohlfahrtswirkung‘. Wer die Jasperallee entlang spaziert, spürt schnell, wie wohltuend die Wirkung der angeblich kranken Bäume ist. Es stören einzig und allein die 29 Lücken, die die Stadt nicht wieder bepflanzt hat. Wir plädieren hier für das

sofortige Nachpflanzen von 29 kleinen Linden (d. h. jungen) mit schützenden Büschen um die Stämme“ ergänzt Ilona Meschke. Wie geht es weiter mit den Bäumen in der Jasperallee? Eine Gegenüberstellung der Argumente von Stadt und BI wurde den Mitgliedern des Stadtrates im Juni quasi als „Urlaubslektüre“ übersendet (öffentlich einsehbar unter bi-baumschutz-braunschweig.jimdo.com). Baumschützer Edmund Schultz hofft, damit den Stadtrat zu einer Entscheidung für eine „sanfte Umwandlung“ der Jasperallee in eine Lindenallee überzeugen zu können und meint: „Wir sind sicher, dass wir damit jedes Argument der Stadtverwaltung ausreichend entkräftet oder widerlegt haben!“

Die nächsten Termine:
 ● **13.09.18** Information der Stadtverwaltung – nur für AnwohnerInnen! Wer trotzdem zu einer Kundgebung zumindest vor dem Gebäude kommen möchte, findet Ort und Zeit, sobald bekannt, unter bi-baumschutz-braunschweig.jimdo.com
 ● **13.09.18** der Bezirksrat östliches Ringgebiet tagt öffentlich direkt im Anschluss
 ● **14.09.18** der Grünflächenausschuss (öffentlich) beschließt eine Empfehlung für den Rat der Stadt
 ● **Oktober 2018** Übergabe der gesammelten Unterschriften an den Oberbürgermeister
 ● **06.11.18** der Stadtrat (öffentlich) entscheidet

Nicht erschienene Leserbriefe von Edmund Schultz an die Braunschweiger Zeitung:
Zum Thema Jasperallee, 23.06.18: „Die letzten beiden BZ-Artikel zur Jasperallee vermitteln den Eindruck, als



ob die BI Baumschutz nicht mehr ganz dicht sei, sich für vermeintlich kranke Bäume einzusetzen. Das geht an der Realität vorbei und ist auch ein schlechter Stil. Es ist offensichtlich, dass sowohl die vermeintliche Krankheit der Bäume wie auch der Denkmalschutz eher vorgeschobene Gründe sind, um die Jasperallee nach dem Geschmack Einzelner umzugestalten.

Eine detaillierte Gegenüberstellung der verschiedenen Argumente findet sich auf der Internetseite der BI Baumschutz.“

Zum Thema ISEK:
 „Während der Phase der BürgerInnen-Befragung und der Workshops waren die Themen Fahrradstadt Braunschweig, Grüne Stadt und eine Baumschutzsatzung ganz oben auf der Liste der BürgerInnen-Wünsche. Diese sind jetzt verniedlicht oder sogar ganz verschwunden (Baumschutzsatzung). Das bestätigt meine Befürchtung, dass der ganze aufwendige und teure ISEK-Prozess nur dazu dient, dem üblichen „weiter so“ den Deckmantel der BürgerInnen-Beteiligung umzuhängen.“

Residenzstadt als städtisches Leitbild?

Im Rahmen der Innenstadtgestaltung sieht das mit der Borek-Stiftung vereinbarte „Städtebauliche Leitbild“ die „Herausnahme von zwei, oder zumindest einer Platane“ vor dem Dom/ gegenüber dem Rathaus entlang der Münzstraße vor. Die Platanen sind zwar gesund, aber das private Planungsgespann Borek/Ackers begründet das so: „Die Platanenreihe am Dom betont fälschlicherweise durch ihre Parallelstellung den Straßenzug der Münzstraße.“ (Ackers, Städtebauliches Konzept v. 18.9.2008, S. 7)

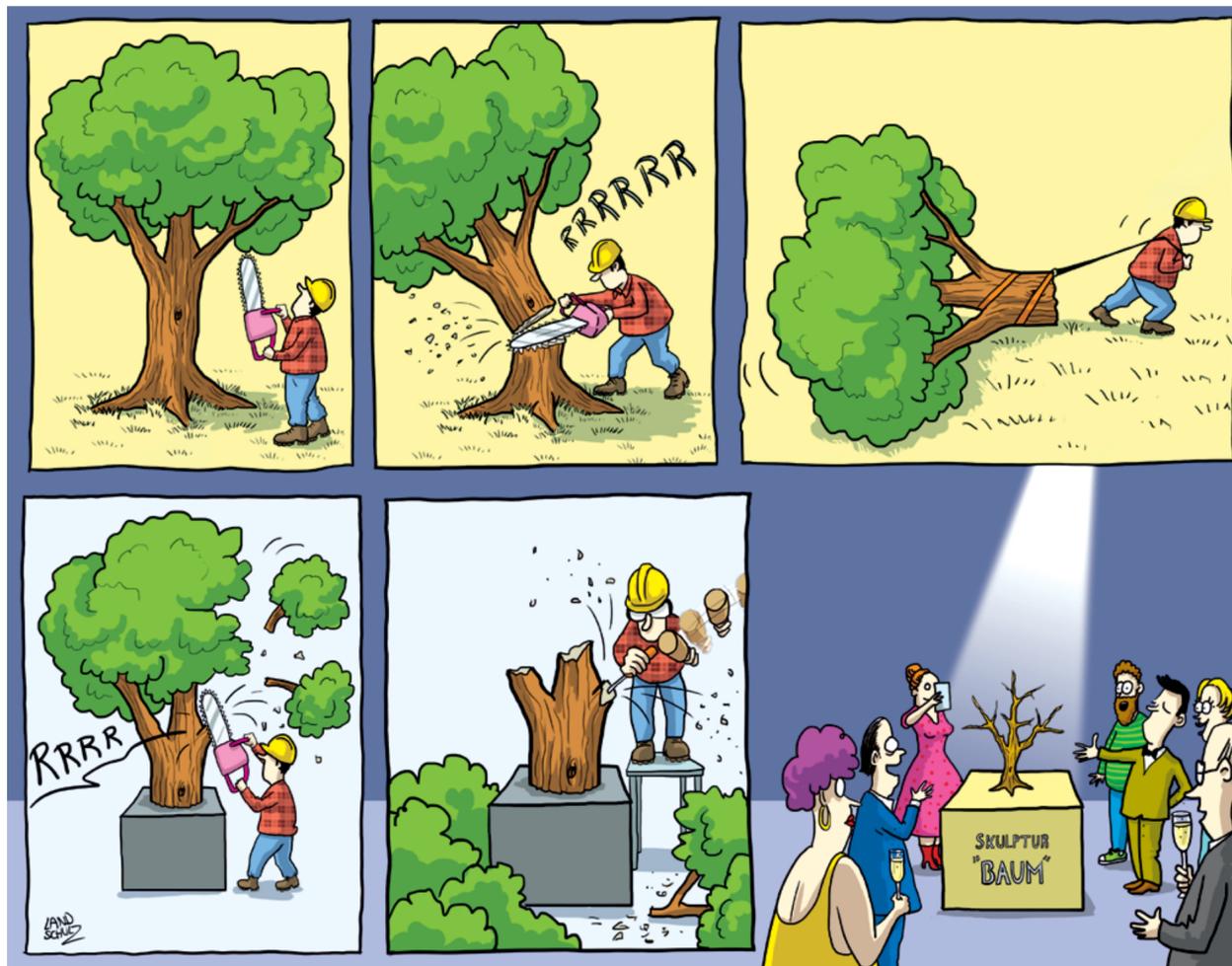
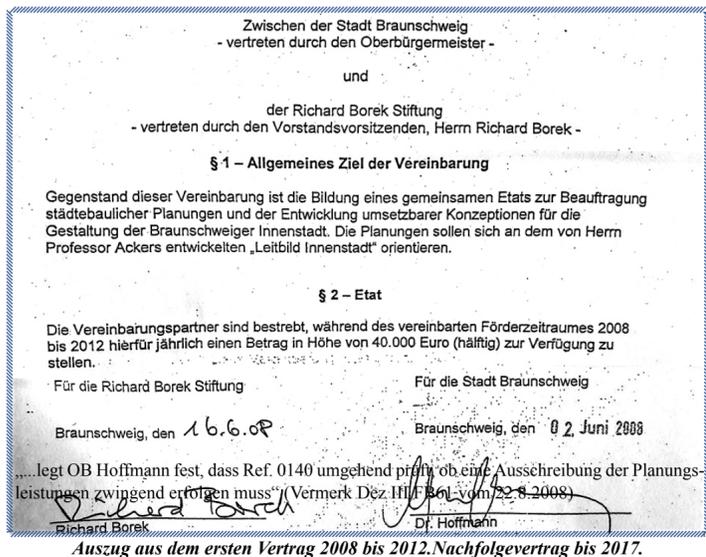
Ausschreibung umgangen
 Im Oktober 2007 schrieb Richard Borek an den Stadtbaurat und an den Oberbürgermeister einen Brief; ihm, Richard Borek, liege „die gestalterische Innenstadtentwicklung sehr am Herzen“ und konkretisierte: „Wir können uns vorstellen, dass mit einem Betrag von jährlich 50.000 €, der zwischen beiden Vertragsparteien [Borek-Stiftung und Stadt] geteilt werden sollte, durch Herrn Prof. Ackers in Zusammenarbeit mit dem Planungsamt konzeptionelle Grundlagen zur Konkretisierung des von ihm entwickelten ‚Leitbildes Innenstadt‘ durchgeführt werden könnten.“ (Brief

Borek-Stiftung an Stadt v. 23.10.2007) Nach weiteren Gesprächen wies der damalige Oberbürgermeister Hoffmann die Verwaltung an, den gewünschten Vertrag auszuarbeiten. Als Problem erwies sich die Ausschreibungspflicht, wie das Rechnungsprüfungsamt anmerkte: „Die vorgesehene Gesamtvergütung von 250.000 € brutto liegt über dem Schwellenwert von 206.000 €. Somit ist eine Ausschreibung der Leistungen zwingend erforderlich.“ (Rechnungsprüfungsamt 29.2.2008) Die Auftragssumme wurde daraufhin auf 200.000 € (5 Jahre zu je 40.000 €) reduziert und der Oberbürgermeister wies die Verwaltung an, dass „nach dem gestrigen Gespräch zwischen Herrn Borek und dem OB nunmehr die Vereinbarung zwischen der Richard Borek Stiftung und der Stadt umgehend auf den Weg gebracht werden soll.“ (Vermerk vom 23.4.2008 „wg. Beauftragung Prof. Ackers“)

Private Innenstadt-Planung durch Borek/Ackers
Rekonstruktion einer Residenzstadt - Kulissen für die Schlossfassade
 Am 2.6.2008 unterschrieb OB Hoffmann den Vertrag mit der Borek-Stif-

fung: In §1 wurde festgelegt: „Die Planungen sollen sich an dem von Herrn Professor Ackers entwickelten ‚Leitbild Innenstadt‘ orientieren.“ In seiner Konzeption formuliert Ackers sein Stadtbild als „Sichtbarmachung der verlorenen Geschichte als Residenzstadt“, die mit der Schloss-Rekonstruktion begonnen worden sei. Über eine nur bezuglose Dekoration einer Kaufhausfassade hinaus sei die

„Wiedergewinnung der Selbstachtung der alten Residenzstadt“ zu planen, am Schlossplatz, Bohlweg und Umgebung. (Siehe Ackers, städtebauliche Integration der Schlossarkaden - eine Zwischenbilanz vom 18.9.2008). Prioritäten werden im Einzelnen angemerkt für eine Magni-Promenade an der Georg-Eckert-Straße, Magniviertel-Damm-Altstadt, Langer Hof, Domplatz, Sonnenstraße.



Dorte Landshulz Cartoons, in Hamburg geboren, studierte dort und in Paris Illustration; zu finden auch im Internet: [facebook.com/EinTagEinTier](https://www.facebook.com/EinTagEinTier)

„Bürgerbeteiligung“ - alles doch nur Show?

Während des ISEK-Prozesses spielten die Themen Baumschutz und Stadtgrün von Anfang an eine besondere Rolle. Ab September 2015 wurden von Braunschweiger BürgerInnen dazu zahlreiche Karten ausgefüllt und Einträge im Internet vorgenommen. Dabei wurde mehrfach auch der Wunsch nach Wiedereinführung einer Baumschutzsatzung geäußert. „Die meisten Beiträge ließen sich der Aufgabe ‚Parks und Plätze erhalten und verschönern‘ zuordnen. Viele dieser Beiträge widmen sich den zahlreichen Grünflächen in der Stadt, die geschützt und erhalten werden sollen“, hieß es anschließend in dem Zwischenbericht. (A. Wildhack, 26.11.15)

In dem nun vorliegenden Entwurf für das integrierte Stadtentwicklungskonzept 2030 ist

dieses Anliegen nicht mehr zu finden, es wird lediglich die Erarbeitung eines völlig unverbindlichen Beratungs- und Förderprogramms empfohlen.

Bei dem angebotenen Dialog mit Experten am 22. Juni 2018 beantwortete ein Mitarbeiter der Stadt die Frage nach den Gründen damit, dass nicht jeder Wunsch berücksichtigt werden könne und dass es außerdem für eine Baumschutzsatzung keine Ratsmehrheit gebe. Diese Begründungen sind nicht akzeptabel, da das ISEK andere Ansprüche formuliert hat: „Die wichtigsten strategischen Ziele sollen dabei gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern, Interessensverbänden, Politik und Verwaltung entwickelt werden. Ergebnis des Prozesses soll also auch eine verbesserte Beteiligungskultur sein.“

Boreks lukrative Geschäfte mit Bauland in Querum

Eine späte Amtshandlung von Ex-OB Hoffmann, Anfang 2014 war der Abschluss eines städtebaulichen Vertrags über die Entwicklung und Bebauung eines neuen Baugebiets „Holzmoor Nord“ mit der zur Borek-Gruppe gehörigen ECB Beteiligungen GmbH & Co. KG. Die BIBS-Fraktion hinterfragte die Rechtmäßigkeit, zumal die erheblichen Planungsgewinne

auch von der Stadt hätten abgeschöpft werden müssen. Es ging um 72.882 qm Grabe- und Gartenland, das in Bauland umgewandelt werden sollte. Laut städtischer Katasterauskunft resultiert daraus eine Bodenwertsteigerung von ca. 10,00 € auf ca. 210,00 € pro qm. Insgesamt ging es um Planungsgewinne von ca. 14,5 Millionen €. ros

Nachhaltigkeit als Erschöpfungsgeschichte!



NACHHALTIGKEIT: Die Bezeichnung hat eine komplexe und facettenreiche Begriffsgeschichte. Das Wort Nachhaltigkeit stammt von dem Verb nachhalten mit der Bedeutung „längere Zeit andauern oder bleiben“.

– Jüngere Anwendung – Ein alltagsprachliches Verständnis, das aussagt, dass etwas noch lange Zeit andauern, bestehen, nachwirken oder sein kann bzw. soll, nachdem es gebaut, begonnen und/oder in Bewegung gesetzt wurde (Wikipedia)

Thorsten Stelzner
Foto: Verena Meier
Jetzt hab ich's und ich dachte immer, das hätte was mit Ökogeschwafel zu tun, so mit Bio und Ressourcen schonen, mit Mülltrennen oder sogar -vermeiden und habe mich gewundert, dass zwar das Wort, also der Begriff, immer häufiger gebraucht und sogar missbraucht wird. Sich aber sonst nicht wirklich etwas verändert oder gar verbessert hat. Eher im Gegenteil! Sogar Einzelhandelsketten werben jetzt mit Nachhaltigkeitskonzepten und bieten dann geschälte, in Plastikfolie eingeschweißte Bananen und Orangen oder Fertigsalate, deren Verpackung mehr wiegt als der Inhalt, an!

um alle Beklopptheiten dieser Art aufzuführen, dazu reicht der Kolonnenplatz nicht aus. Und außerdem wäre ich damit ja auch, was das Thema Nachhaltigkeit angeht, nach der oben angeführten Definition komplett auf dem Irrweg.

Wir haben das Ziel der konsequenten Nachhaltigkeit doch längst erreicht, es braucht doch keine Konzepte mehr, wir haben so viel schon begonnen, dass definitiv andauern, bestehen und nachwirken wird und wir sind damit extrem konsequent!

Was gibt es denn bitte Nachhaltigeres als das Ausrotten unzähliger Tier- und Pflanzenarten?

Was gibt es denn Nachhaltigeres als das Wegholzen des Regenwaldes.

Was wirkt denn länger nach als Tschernobyl, Hiroshima, Fukushima oder der Atom Müll in der Asse?

Wie kann man sich denn langfristig besser ein Nachhaltigkeitsdenkmal setzen als mit dem Ozonloch oder mit dem Schmelzen der Polkappen und dem damit verbundenen Wegschwimmen der Holländer.

Wirklich nachhaltig sind doch auch unsere auf den Weltmeeren schwimmenden Plastikmüllinseln.

Das ist doch alles nur noch durch einen ultimativen Atomkrieg zu toppen.

Ja, wir sind dabei, Erschöpfungsgeschichte zu schreiben.

Und wir sind tatsächlich äußerst effektiv, vieles von dem, was wir

verzapfen, wird nachwirken, bestehen und andauern. Die Natur wird es nicht schaffen, auch nicht, wenn wir uns in letzter Konsequenz der Nachhaltigkeit selbst ausrotten oder uns freiwillig und selbstbestimmt die eigenen Lebensgrundlagen entziehen, alles wieder herzurichten als wäre nix gewesen, denn wir sind gewesen! Und nach uns die Sintflut!

Weg ist weg! Alles was wir ausgemerzt und ausgebeutet haben, kommt nicht wieder! Selbst wir nicht!

Der blaue Planet wird nach uns wahrscheinlich entweder für lange Zeit ein strahlend mutierender sein, mit rattengroßen, lila schimmernden Hochglanzkakerlaken oder ein grauer lebloser, ausgemergelter vor sich hin qualmender.

Wenn wir das verhindern wollen, dann bleiben uns letztlich nur zwei Möglichkeiten:

1. Folgen wir der weisen Aufforderung eines berühmten Braunschweiger Dichters:

„Der Mensch ist hässlich, der Mensch macht Dreck! Die Welt muss schöner werden, der Mensch muss weg!“ –

... Oder -

2. Wir fangen ganz, ganz klein an, schmeißen keinen Plastikmüll mehr in die Botanik und lassen der Orange und der Banane ihre extrem ökologisch produzierte Schale.

Und arbeiten entschlossen daran, einfach nicht mehr ganz so nachhaltig, ignorant, egoistisch und bescheuert zu sein.

Laufende Ausstellung:
FRAUEN.FISCHE.HOLZ.SCHROTT.
 Bernward Orlob – in Auktion - noch bis 16. September
 Öffnungszeiten: MO-FR 10-13 Uhr
 MO, Mi, DO 17 – 19.30 Uhr
 SO 14 – 17 Uhr
 Lokal „Vitamine“, Karl-Marx-Straße

Ausstellungseröffnung:
 SO, 23.09. – 11.00 Uhr – Sabrina Krökel
Konzert:
 SO, 23.09. – 19.30 Uhr – Manfred Maurenbrecher “No go!”
 Thorsten Stelzner

Aufruf zum Antikriegstag

1. September

Aufruf zur Kundgebung des Friedensbündnisses zum 1.9.2018 (Antikriegstag) auf dem Kohlmarkt.
11.00 Friedenszug durch die Innenstadt
12.00 Kundgebung mit Thorsten Stelzner und Dieter Dehm (MdB)



Mit Dieter Dehm (MdB), April 2018 auf dem Kohlmarkt

INKLUSION KULTURBRÜCKE MENSCHENRECHT
 DIE WÜRDE DES MENSCHEN IST UNANTASTBAR

Mit nichts als Hoffnung im Gepäck

DIE SEHNSUCHT NACH DEM FRÜHLING

Theaterstück der Berliner Compagnie über eine syrische Familie

Was im März 2011 als friedlicher Protest gegen eine repressive Diktatur begann, wurde zum blutigsten Konflikt unserer Gegenwart. Der Krieg in Syrien hat bisher fast eine halbe Million Todesopfer gefordert, 13 Millionen sind auf humanitäre Hilfe angewiesen, die Lebenserwartung ist um 20 Jahre gesunken, 11 Millionen wurden in die Flucht getrieben. Die meisten der Geflüchteten fanden im Land selbst oder in den Nachbarländern Aufnahme, Hunderttausende gelangten nach Deutschland. Hier wurden sie von den einen mit Empathie und großem Engagement aufgenommen, von anderen mit Ablehnung, Hass oder gar mit tätlichen Angriffen. Die Berliner Compagnie packt das heiße Eisen an; denn Deutschland ist politisch und militärisch in den Konflikt involviert: ein Stück über die Ursachen der Flucht aus Syrien. Der Konflikt erscheint wie ein gordischer Knoten. Zu viele Interessen zerran an dem Land, allzu widersprüchlich sind die Nachrichten, die wir erhalten. Einerseits wird die Op-

position brutal unterdrückt, andererseits ist das Land bis heute in den Bereichen Bildung, Gesundheit, religiöse Toleranz ein Musterland im Nahen Osten. Und eins ist sicher: In die Katastrophe mündete der Konflikt erst, nachdem er sich durch Einmischung von außen zu einem Stellvertreterin entwickelt hatte. Für den Frieden (der noch lange nicht da ist) gibt es nur einen Weg: Waffenstillstand, Verhandlungen, Wiederaufbau und Demokratisierung. Im Zentrum des Theaterstückes; eine syrische Familie, zerrissen wie das Land. Über ihr Schicksal erfahren wir nicht nur die ganze Bitterkeit des Krieges, wir nehmen auch Anteil an dem Bemühen syrischer Menschen um ein friedliches Miteinander, um Versöhnung. Es ist die 30. Produktion der Theatergruppe. Die Berliner Compagnie gastiert am 22. Oktober 2018 um 19:30 und am 23. Oktober 2018 um 10:30 Uhr im Kulturzentrum Brunsviga, Karlstr. 65 mit Übersetzung in die deutsche Gebärdensprache.
 Angela Vorwerk

Selbstdarstellung statt Demokratie - wie beim Fürsten

Zur Sitzung des Kulturausschusses der Stadt Braunschweig wurde das Konzeptpapier 1913 - Braunschweig zwischen Monarchie und Moderne online gestellt. Das Papier wurde offensichtlich vorher zwischen Verwaltung und Herrn Borek abgestimmt. Da drängt sich geradezu die Frage auf, warum denn seitens der Verwaltung die „finale“ Bewertung einer Vorlage Herrn Borek eingeräumt wurde.

Im Konzept findet sich wohl nicht ganz zufällig ein Hinweis einer tiefergreifenden, informellen Kooperation: „Kultur im öffentlichen Raum“ zum Nachempfinden „in Analogie zum Einzug des Hochzeitspaares 1913“ in Braunschweig.

Borek-Statue?

Entlang der Georg-Westermann-Allee etc., sollte u.a. eine „Statue Richard Borek“ im Straßenraum errichtet werden: Dieser Vorschlag sollte in jedem Fall mit dem Beirat für Kunst im öffentlichen Raum abgestimmt werden ... (Quelle: Akteneinsicht sowie Nachfrage während der Ratssitzung vom 19.6.2012)

Kulturdezernat war über „Profilschärfung entsprechend Leitbild“ nicht ins Bild gesetzt worden

In einem Vermerk vom 13.1.2014 hinterfragt die Kulturdezernentin Frau Dr. Hesse aufgrund der weiteren BIBS-Recherche die Haushaltsmittel für „Kunst im Stadtbild“, wofür im Haushalt der Jahre 2012 bis 2016 255.500 € eingestellt wurden. Frau Hesse bat schließlich, „... diesbezügliche Planungen nicht weiter fortzusetzen“. Ihr sei das Konzept nicht bekannt. Aus dem Vermerk geht hervor, dass ursprünglich besagte Haushaltsmittel für „Kunst im Stadtbild“ im Sinne einer „Profilschärfung entsprechend Leitbild aus März 2011“ vorgesehen waren.
 Peter Rosenbaum

Mit einem Euro die nächste Ausgabe sichern.
 Spendenkonto: Bürgerinitiative
 SÜCHWORT „Spende“.
 Als „Parteispende“ steuerlich absetzbar!

BIBS-Spendenkonto Nr. 151 322 195
 Braunsch. Landesspark. 250 500 00
 IBAN: DE18 2505 0000 0151 3221 95

Impressum
 Herausg.: Bürgerinitiative Braunschweig (BIBS)
 redaktion@buergerinitiativen-braunschweig.de
 VisdP: Werner Barnstorff, Pregelstraße 8,
 38120 Braunschweig
 Redaktion: Dr. Ingeborg Gerlach
 Druckerel: Druckzentrum Braunschweig GmbH
 Christian-Pommer-Straße 45, 38112 BS



Jubiläum beim Braunschweig-Spiegel

Nein, er wird nicht 10 Jahre alt, er ist bereits dreizehn. Er hat auch keine 1000 Abonnenten, er hat nämlich keine. Er erscheint vielmehr fast täglich bei www.braunschweig-spiegel.de und wird von der Bevölkerung dieser Stadt gemacht. Der Braunschweig-Spiegel hat auch kein finanzielles Umsatzziel erreicht, denn er hat nicht mal ein Konto, denn Werbung gibt es nicht, Geld fließt im Braunschweig-Spiegel nicht, wie in den anderen Braunschweiger Internet-Zeitungen. Er ist völlig unabhängig und alle können mitmachen. Jubiläum hat der Braunschweig-Spiegel, weil der 10.000 (Zehntausend) ste Beitrag erschienen ist. Das ist typisch Braunschweig-Spiegel. Es geht ihm und seinen Ma-

cherInnen nämlich um Inhalte, die insgesamt eine möglichst breite politische und kulturelle Vielfalt darstellen. Vielfalt in der Medienlandschaft mit Originalbeiträgen von Braunschweiger BürgerInnen mitgestaltet, ist das hoch demokratische Anliegen des Braunschweig-Spiegel. Unsere Demokratie braucht Vielfalt in der Meinungsbildung, hauptsächlich kommunal, aber auch bundesweit, europaweit und wenn es ein muss, auch weltweit. Machen Sie mit, in den Schulen, in den Altenheimen und überall dort, wo es eine politische und/oder kulturelle Meinung gibt und die gehört werden sollte. Demokratie ist Vielfalt und Vielfalt ist Leben! So einfach ist der Braunschweig-Spiegel!
 Dr. Uwe Meyer

Ein großer Erfolg:

Internationales Integratives Fußballturnier in der Schuntertsiedlung
 Bis zu siebzig engagierte HelferInnen und eine Reihe namhafter Sponsoren ermöglichten das „Internationale Integrative Fußballturnier“ auf dem Sportplatz des SV Olympia.



Sagen wir es gleich vorweg: Die Kicker „Ivoire Diaspora Braunschweig“ – vornehmlich Fußballbegeisterte Afrikaner, konnten nach dem letzten Abpfiff den Turniersieg für sich reklamieren. Verdientermaßen übrigens – die Zuschauenden am Platzrand konnten sich davon überzeugen, dass die Truppe ihr Potenzial nicht einmal ganz ausspielen musste. So stand die Spielfreude ebenfalls mit auf dem ersten Platz. Gelbe oder rote Karten gab es selbstredend keine. Und wenn ein Team nicht vollzählig war oder einem oder einer besonders engagierten FußballerIn einmal die Puste ausging – na und? Ersatz fand sich sofort aus einer der anderen Mannschaften, die gerade



Den Pokal für die fairste Mannschaft bekam die Braunschweiger Lebenshilfe. Und alle teilnehmenden SpielerInnen nahmen eine Medaille aus Ton mit nach Hause.



Den Pokal für die fairste Mannschaft bekam die Braunschweiger Lebenshilfe. Und alle teilnehmenden SpielerInnen nahmen eine Medaille aus Ton mit nach Hause.

ALBA

Der Rat hat am 24.04.2018 die Verlängerung der Verträge mit ALBA beschlossen. Somit besteht frühestens in 5 Jahren wieder die Möglichkeit zur Vertragskündigung bzw. Rekommunalisierung. Kaum jemandem bekannt war, dass neben den Gebühren für Müllabfuhr- und Straßenreinigung, die den Haushalten als Nebenkosten auferlegt sind, seit der Privatisierung der Stadt auch noch an ALBA zahlt. So z. B. für Sperrmüll und Weihnachtsbaum-Sammlung und -Entsorgung. Seit Vertragsabschluss im Jahre 2004 wurden zusätzliche 24 Klarstellungs- und Ergänzungsvereinbarungen zu den eigentlichen Privatisierungsverträgen abgeschlossen, die mit dem Ratsbeschluss vom 24.04.2018 ebenfalls verlängert wurden. **Zusatz-Millionen für ALBA** Die BIBS-Fraktion fragte im Bau-Ausschuss nach den Zusatzkosten: **Antwort** „Nach dem Vertragsabschluss der Leistungsverträge (LV) I (Straßenreinigung) und II (Abfall) im Jahre 2004 wurden insgesamt noch drei Klarstellungsvereinbarungen und elf Ergänzungsvereinbarungen geschlossen.“ Neben der Reinigung des straßenbegleitenden Grüns ist darin z.B. auch

die Leerung der Papierkörbe im Straßenbegleitgrün und die Entfernung von Laub geregelt. Extra zahlt die Stadt nicht nur für „manuelle Reinigung von Kleinflechterflächen“ und für die „Innenstadt- und Gehwegreinigung, sondern für Winterdienst, Fahrbahnreinigung, Radwegreinigung. Wildkrautentfernung und die Hundekotbeseitigung sind dagegen von den ALBA-Regelungen ausgenommen, das macht das städtische Grünflächenamt in Eigenregie vor allem mit Hilfskräften. Quelle: Vorlage - 18-08261-01 aus 05/2018 auch für die Tabellen und Vorlage - 18-08517-01 und Vorlage - 18-08518-01 aus 06/2018.

Die Entgeltentwicklung für die Sammlung und Entsorgung von Sperrmüll ist aus der folgenden Tabelle zu entnehmen:

Jahr	Entgelt (Brutto) [€/Jahr]		
	Sammlung	Entsorgung	Weihnachtsbäume
2006	524.518,74	234.261,81	
2007	538.447,25	233.460,29	56.751
2008	538.954,32	205.848,65	58.430
2009	563.382,00	220.378,66	58.755
2010	573.831,55	212.130,79	61.372
2011	582.682,14	105.502,59	62.706
2012	580.463,33	104.709,47	79.091
2013	593.142,18	106.028,21	80.177
2014	596.292,05	105.129,11	82.165
2015	613.813,27	112.647,03	83.720
2016	843.433,95	91.445,00	85.411
2017	872.095,79	96.657,90	82.228
Plan 2018	801.282,19	96.157,96	83.767

Zusatzkosten Sperrmüllsammung, -sortierung und -entsorgung: ca. 19 Mio. Euro, Weihnachtsbäume ca. 870 Tsd. Euro!

Jahr	Sortierung Sperrmüll (Altholzverwertung)	
	Entgelt (Brutto) [€/Jahr]	
2007	376.061,05	
2008	527.620,82	
2009	572.720,86	
2010	588.857,16	
2011	860.836,06	
2012	897.127,69	
2013	1.028.021,00	
2014	1.066.209,80	
2015	1.041.043,40	
2016	644.919,78	
2017	661.790,53	
Plan 2018	583.802,10	

Für die Reinigung des Straßenbegleitgrüns zahlte die Stadt in den 9 Jahren von 2009 bis 2017 zusätzliche 2,5 Mio. Euro aus der Stadtkasse an ALBA.

Kanzlerfeld: Parkplatz statt Bolzplatz?



Das Kanzlerfeld ist sichtbar im Umbau, Häuser werden renoviert, viele junge Familien ziehen ein. Der attraktive Bolzplatz im Stadtteilzentrum wird stärker denn je von Jugendlichen und Kindern genutzt. Sich spontan verabreden und draußen spielen macht Spaß und tut gut. Lebensqualität! **Wissen eigentlich alle, dass dieser Bolzplatz in Gefahr ist?** Geht es nach Edeka/Görge und der „Görge-Lobby“ im Rathaus, soll der Bolzplatz einem Parkplatz weichen und die benachbarte freie Grünfläche einem Supermarktklotz. Nach bisher drei (!) öffentlichen Auslegungen ist das „beschleunigte Verfahren“ ohne Umweltverträglichkeitsprüfung für den Supermarkneubau am Franz-Rosenbruch-Weg erst mal an zahlreichen Einwänden und der Rechtslage gescheitert, ein Erfolg für unser bürgerschaftliches Engagement. Aufgegeben wurde die Fehlplanung aber noch nicht. Mit neuen Gutachten und einer „Optimierung der architektonischen Ausgestaltung“ soll es voraussichtlich zum Jahresende in eine vierte öffentliche Auslegung gehen. Auch architektonische Verbesserungen ändern jedoch nichts an den Grundproblemen, die wir seit Jahren kritisieren:

- Die Dimension des geplanten Gebäudes sprengt die Grundstücksgröße.
- Für Bolzplatz und Grünfläche gibt es keinen Ersatz.
- Das Stadtteilzentrum mit dem bestehenden Einkaufsmarkt als Kern droht zu veröden.
- Die Option der Flächennutzung für eine Kindertagesstätte wird endgültig begraben.

Die Bürgerinitiative Kanzlerfeld ermutigt alle Bürgerinnen und Bürger und insbesondere auch die neu zugezogenen jungen Familien, sich aktiv mit dem Projekt zu beschäftigen, denn es betrifft uns alle. Wie können wir eine enkeltaugliche Zukunft gestalten? Ist es verantwortbar, in Zeiten krasser Klimaerwärmung, immer mehr Grünflächen in Parkplatz- und Verkaufsflächen zu verwandeln? Die bessere Alternative: Bereits bestehende Infrastruktur erhalten und modernisieren! Informieren Sie sich auf unserer Website <https://www.bi-kanzlerfeld-bs.de/> Wer Fragen hat oder Unterstützung sucht, kann sich gern unter BI-Kanzlerfeld@38.de melden. Helfen Sie mit, die beste Lösung für unseren Stadtteil zu erreichen: Bolzplatz und Grünfläche erhalten - Einkaufszentrum modernisieren! Bürgerinitiative Stadtteilmittelpunkt Kanzlerfeld

Mit Vollgas in den Klima-Crash - sind Elektroautos eine Alternative?
 Verkehrsexperte, Autor zahlreicher Bücher über die Autoindustrie, über Verkehr und Klima
 Vortrag
 Montag, 10. Sept. 2018, 19:00 Uhr, Brunsviga (BS, Karlstr. 35)
 attac braunschweig



Dr. Winfried Wolf

Veranstaltung
 Novemberrevolution und BS
 7. September 2018, 18:00 Uhr
 DGB-Haus großer Saal
 Dr. Hans-Ulrich Ludewig,
 Dr. Gerhard Wysocki -
 Novemberrevolution und Braunschweig

Giftgas über Braunschweig

Noch mal davongekommen.

Nach 50 Jahren gaben US-Behörden geheime Dokumente frei, die militärische Abwehrplanungen zwischen 1961-68 mit dem Einsatz von Giftgas über Braunschweig vorsahen. Skrupellose Militärs wie der Ex-Generalinspekteur der Bundeswehr, Foertsch, und der damalige Verteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel wurden trotzdem hoch dekoriert oder sind bis heute Namensgeber für eine Kaserne in Schleswig-Holstein, also Vorbilder für heutige Soldaten. Höchste Zeit, von Braunschweig aus für die Aberkennung solcher Ehrungen zu sorgen.

(Nachzulesen: NDR Info | Aktuell | 03.05.2018 | 06:20 Uhr Geheimplan 1967: Giftgas über Braunschweig. Es gab von 1962 bis... https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/braunschweig_harz_goettingen/Bundeswehr-plant-frueher-Chemiewaffen-Einsatz,chemiewaffen216.html)



Es ist nötig, mehr für den Frieden zu tun. Wegen der zugespitzten Weltlage finden in den letzten Wochen samstags auf dem Kohlmarkt Kundgebungen am BIBS-Stand statt.

Hier anlässlich der Samstags-Kundgebung für die Mayors of Peace im Juli.

„Eichhörnchens“ Erfolg beim Verfassungsgericht

Wie es sich anfühlt, unschuldig – zur Verhinderung von Demo-Aktionen – über vier Tage in eine Zelle der Braunschweiger Polizei eingesperrt

zu sein, musste 2008 die Sportkletterin Cécile Lecomte alias „Eichhörnchen“ verspüren. Noch heute ist sie davon traumatisiert. Die BIBS und andere Aktive schlugen damals vorm Polizeipräsidentium ein „Lager der Freiheit“ auf. Cécile Lecomte hat nie nachgelassen in ihrem Kampf gegen Atomkraft und inzwischen auch gegen Gentechnik. Bei ihren spektakulären

Aktionen wird sie immer wieder festgenommen und von Prozessen eingeholt, in denen sie sich wegen Verweigerung der Prozesskostenhilfe selbst verteidigen muss. In zwei Verfahren sah das Bundesverfassungsgericht allerdings 2017 das Gebot effektiven Rechtsschutzes durch mehrstündigen Gewahrsam ohne richterliche Bestätigung verletzt und verwies die Sache zur erneuten Entscheidung zurück ans Landgericht Stralsund, das seine Entscheidung aus 2014 aktuell revidierte. Auf die schriftliche Urteilsbegründung sind wir gespannt.



„Lager der Freiheit“ vor dem Polizeipräsidentium und den Arrestzellen 2008 in Braunschweig. Foto: Uwe Meier

Quo vadis Rechtsstaat? II

Proteste gegen neue Polizeigesetze



Bayern hat es vorgemacht

Nachdem im Mai 2018 Zehntausende in München gegen das schärfste Polizeigesetz seit 1945 auf die Straße gingen, formiert sich landesweit breiter Widerstand im Bündnis „#noNPOG – Nein zum neuen niedersächsischen Polizeigesetz!“ gegen die im Herbst zur Verabschiedung stehenden Einschränkungen der Grund- und Freiheitsrechte.

Rechtsaufklärung durch Fachanwälte

Die renommierten Göttinger Rechtsanwälte Sven Adam und Rasmus Kahlen informierten am 14.8.2018 im Braunschweiger Gewerkschaftshaus vor 170 Interessierten detailliert über die geplanten Gesetzesverschärfungen mit ihren tiefgreifenden Einschnitten auf die Freiheit jedes Einzelnen. Der Entwurf des geplanten NPOG sieht neben einschüchternden Gefährdungsansprachen polizeiliche Verfügungen wie Meldeauflagen, Aufenthaltsvorgaben und Kontaktverbote und den Zwang zum Tragen einer elektronischen Fußfessel vor – alles ohne

richterlichen Beschluss und gegen erstmalig unschuldige Menschen gerichtet, allein aufgrund von Mutmaßungen hinsichtlich einer möglichen zukünftigen Begehung einer (terroristischen) Straftat bei vagen Eingriffsbefugnissen und ohne zeitliche Begrenzung.

Freiheitsentzug bis zu 74 Tage

Bei Nichtbefolgung o. g. Anordnungen oder bei bloßer Annahme einer unmittelbar bevorstehenden Begehung einer „terroristischen Straftat“ sollen die Betroffenen mit richterlicher Bestätigung für bis zu 74 Tage in Präventivgewahrsam genommen werden können – Videoüberwachung inklusive –, ohne die Begehung einer Straftat – lediglich begründet durch eine „hohe abstrakte Gefährdungslage“ aufgrund der Unterstellung einer das Gemeinwohl gefährdenden Gesinnung. Zu einer „terroristischen Straftat“ zählt übrigens nach Katalog bereits eine einfache Körperverletzung mit vor Tatbegehung schon prognostizierten bleibenden Schäden.

Unverhältnismäßige Grundrechtseingriffe

Diese Maßnahmen, die sich auf vage

Mutmaßungen stützen, sind nach dem Verfassungs- und Grundrechtsverständnis des Rechtsanwaltes und Publizisten Dr. Rolf Gössner unverhältnismäßig, verletzen rechtsstaatliche Prinzipien sowie Privatsphäre und Persönlichkeitsrechte der Betroffenen, die ja bis dahin als unschuldig zu gelten haben.

Vergeheimdienstlichung der Polizei

Die Polizei soll künftig aufgrund von vagen Prognosen für die zukünftige Begehung von Straftaten fast jeglicher Art die Telekommunikation Unschuldiger sowie deren Kontaktpersonen überwachen, deren Computersysteme hacken und mittels „Niedersachsen-Trojaner“ ausspähen, sie längerfristig planmäßig observieren und deren Aktivitäten in Bild und Ton innerhalb und außerhalb von Wohnungen aufzeichnen und speichern dürfen. Unter zweifelhaften Eingriffsbefugnissen sollen Unschuldige durch verdeckte Ermittler*innen und V-Leute bespitzelt werden dürfen. Vermeintlich präventive Maßnahmen sind de facto nachrichtendienstliche und machen den Weg frei für eine unkontrollierbare Geheimpolizei durch Instrumentalisierung des Ausnahmezustandes. Dabei war die strikte Trennung von Polizei und Geheimdienst 1949 eine Lehre aus den bitteren Erfahrungen in der Nazizeit.

Bei Demo unter Generalverdacht

Nicht nur eine Vermummung als künftiger Straftatbestand kriminalisiert per



Die NATO: ein Friedensbündnis?

Das NATO-Militärbündnis unter US-Führung gewinnt immer mehr Mitglieder und erweitert Jahr für Jahr seine Militärübungen und Raketenabschussbasen entlang der russischen Grenze.

Zur Erinnerung: Die Wiedervereinigung Deutschlands war nur möglich, weil Russland seine Armee aufgrund des Versprechens, dass die NATO sich nicht weiter nach Osten ausdehnt, aus der ehemaligen DDR abgezogen hatte. Nach der deutschen Wiedervereinigung hat Russland der NATO mehrfach Gespräche zur Abrüstung und über Frieden in ganz Europa angeboten unter Berücksichtigung seiner eigenen Sicherheitsinteressen.

Die NATO hat darauf wie folgt reagiert: 1999 erfolgte die Erweiterung um Polen, Tschechien, Ungarn, 2004 die Erweiterung um Bulgarien, Estland, Litauen, Lettland, Rumänien, Slowakei, Slowenien, 2009 die Erweiterung um Albanien und Kroatien, 2017 erfolgte die Aufnahme von Montenegro. 2018 laufen Beitrittsverhandlungen mit Georgien und Mazedonien und der Ukraine wird die Teilnahme an NATO-Versammlungen gestattet. Mit Finnland und Schweden wurden im Mai diesen Jahres Verträge zu deren gleichberechtigter Teilnahme an Militärmanövern der NATO geschlossen. Allen NATO-Truppen wurde dafür uneingeschränkter Zugang zu den Hoheitsgewässern und Lufträumen Finnlands und Schwedens gewährt. Zur Zeit trainieren NATO-Geschwader Kriegssübungen im Schwarzen Meer unter Teilnahme der deutschen Bundesmarine.

Vor dem Hintergrund, dass das NATO-Militärbudget bei deutlich über 1 Billion Dollar liegt, während Russland weniger als 70 Milliarden Dollar für seine Rüstung ausgibt und in den letzten Jahren den Rüstungshaushalt verkleinert hat, stellt sich die Frage, wer bedroht hier wen? Kann

die NATO bei der ständigen Ausweitung ihrer Militärmanöver entlang der russischen Grenze ausblenden, dass Russland nachvollziehbar seine Sicherheit immer stärker bedroht sieht und mit Gegenmaßnahmen reagieren muss?

Am 22. Juni 1941, also vor 77 Jahren, war der Tag des deutschen Überfalls auf die UdSSR. Damals wurde in der Nazi-Propaganda der deutsche Angriff als unumgängliche Verteidigung deutscher Interessen dargestellt. Heute werden wir angeblich von Russland bedroht, das de facto die deutsche Vereinigung durch friedlichen Abzug seiner Truppen erst ermöglicht hat.

Joachim Kleppe

(Nachdruck mit freundlicher Genehmigung von www.braunschweig-spiegel.de)

Friedensbotschaft als (Selbst-)Betrug?

14.09.2018 um 19:00 Uhr in der Abt-Jerusalem-Akademie, Alter Zeughof 3; Braunschweig.

Vortrag von Prof. Eiichi Kido, Friedensforscher.

Jahrzehnte lang hat sich Japan als „einzige Atombombenopfernation“ bezeichnet. Warum lehnt dieses Land aber den Atomwaffenverbotvertrag, der am 7. Juli 2017 mit 122 UNO-Mitgliedstaaten angenommen wurde, beharrlich ab? Auch der Verleihung des Friedensnobelpreises an ICAN (Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen) kehrte die japanische Regierung demonstrativ den Rücken.

Ist die Mahnung von Hiroshima und Nagasaki zu Frieden und Abrüstung ausgerechnet in ihrem Heimatland wirkungslos geworden?

Kann man diesen Prozess als Diskontinuität oder Kontinuität der Politik Nachkriegsjapans interpretieren?

se Demonstrierende bei Ausübung ihres Grundrechts auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit, sondern auch die Einordnung des Straftatbestands des „besonders schweren Falls des Landfriedensbruchs“, der häufig bei Demonstrationen als Trumpfkarte zur harten Strafverfolgung gezogen wird, als „Straftat von erheblicher Bedeutung“. Denn damit verbunden ist die Befugnis der Polizei zur unbegrenzten Observation von Demonstrierenden sowie der Einsatz von V-Leuten, um im Vorfeld deren Aktivitäten auszuspähen und sie ggf. zur Verhinderung der Teilnahme an einer Versammlung in Gewahrsam zu nehmen, wie kürzlich in Bayern im Zusammenhang mit Protesten gegen den AfD-Bundesparteitag in Augsburg geschehen.

Bevölkerung als Sicherheitsrisiko

Künftig soll die Anfertigung und Speicherung polizeilicher Bild- und Tonaufzeichnungen in öffentlichen oder öffentlich zugänglichen Räumen aufgrund bloßer Annahme der zukünftigen Begehung von Ordnungswidrigkeiten oder Straftaten ermöglicht werden. Dritte wie z. B. Geschäftsbetreibende sollen zur Herausgabe von Videomaterial verpflichtet und somit zu präventiven Polizeispitzeln instrumentalisiert werden.

Elektroschocker im Einsatz

Als Waffe soll künftig der Einsatz von Elektroimpulsgeräten (Tasern) in der

Rangfolge noch vor dem Schlagstockeinsatz zulässig werden. Der Geräteinsatz kann tödlich, zumindest aber gesundheitsschädigend wirken. **Fehlende Maßnahmen**

Obwohl es in Fällen von Polizeigewalt nur selten zu einer Anklage, geschweige denn zu einer Verurteilung kommt, gibt es in Niedersachsen weder eine Kennzeichnungspflicht für Polizist*innen, noch eine unabhängige Ermittlungsstelle für Fälle von polizeilichen Straftaten im Amt. Dabei kritisierte der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen schon 2013 Deutschland für die mangelnde Aufklärung von Polizeiverbrechen.

Demonstration in Braunschweig

Zum Auftakt der Proteste im Rahmen eines landesweiten dezentralen Aktionstages am 18.8.2018 zogen in Braunschweig ca. 800 Menschen durch die Innenstadt und machten durch vielfältige Aktionen, wie z. B. durch Verkleidung als „Kamera-Menschen“, auf die drohenden Gefahren für Rechtsstaatlichkeit und Freiheit aufmerksam.

Großdemo in Hannover

Das Bündnis #noNPOG ruft zur Großdemo auf: Samstag, 8. September 2018, ab 13 Uhr

Ernst-August-Platz, Hannover

<https://nonpog.de/>

<https://niedersachsentrojaner.de/>